



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 10. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Antrag 055. und Postulat GR Nr. 2025/579

Gemeinsame Behandlung der Anträge 055. und 056. (Postulat GR Nr. 2025/579)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet den Antrag der Minderheit, stellt diesen neu auf Konto Nr. 3132 00 000 und begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5509/2025): Bei diesem Antrag geht es um das «Hotel Suff», das im April zehn Jahre alt wurde. Warum ist es entstanden? Wir haben in der Medizin ein Grundproblem mit Personen, die unter Polyintoxikation leiden und in den Notfall kommen. Das sind Menschen, die Drogen genommen haben und oft nicht wissen, wie viel. Sie benötigen medizinische Behandlung, sind jedoch aggressiv, weil sie berauscht sind. Mit Deeskalationsmassnahmen kann das Personal meist gut mit ihnen umgehen. Manchmal funktioniert das aber leider nicht und Polizisten müssen zur Unterstützung auf den Notfall kommen. Das ist für alle sehr traumatisierend; in erster Linie für die Patienten und Patientinnen, die mit zwei Staatsgewalten konfrontiert werden, aber auch für das Personal und die Polizei. Daher ist es wichtig, dass wir an Alternativen arbeiten. Im Jahr 2010 kamen SP-Stadträt*innen auf die gloriose Idee, die Zentrale Ausnüchterungs- und Beratungsstelle (ZAB) zu schaffen, die von Anfang an mit vielen Problemen insbesondere rechtlicher Art konfrontiert war. Es wurde argumentiert, wir bräuchten die Institution wegen jugendlicher Komasäufer. Im Jahr 2015 wurde die ZAB per Volksabstimmung verstetigt. Wir haben diese populistische Massnahme des damaligen Stadtrats immer kritisiert. Es ist nicht sinnvoll, eine Kontrollinstitution zu schaffen, die alle in der Stadt als unpassend empfundenen und Betrunkenen wegräumt. Im «Hotel Suff» entstanden immer wieder medizinische Probleme, insbesondere weil der Stadtrat im Zug der Spitalauslagerung den Betrieb an die Oseara AG ausgelagert hat, die ihn nie kostendeckend führen konnte. Wir haben im Rat mehrmals diskutiert, wie die Kosten heruntergefahren werden könnten. Oseara hat den Betrieb Schritt für Schritt reduziert, weil sie zum Teil nur eine Person am Tag betreute. Im Jahr 2020 ereignete sich eine Tragödie, als eine Person im «Hotel Suff» unter unserer Aufsicht verstarb. Daraufhin haben die Grünen und AL im Jahr 2022 verlangt, dass es in die Nähe eines Spitals verlegt wird. Weil die Oseara nicht fähig war, den Betrieb finanziell auf einen grünen Ast zu bringen, muss er neu ausgeschrieben werden. Jetzt ist der Moment gekommen, eine externe Evaluation durchzu-



*führen und mögliche Verbesserungen zu eruieren sowie ob wir den Betrieb ins Spital integrieren könnten. Die Polizistinnen, Polizisten und Menschen der Ambulanz wissen nach wie vor nicht, wie sie entscheiden sollen: ob eine Person ins Spital oder ins «Hotel Suff» gebracht werden soll. Wir haben dies in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) versucht in Erfahrung zu bringen und kamen zu keinem Schluss. So entstehen für Betroffene, Polizist*innen und die Ambulanz sehr schwierige Situationen. Der Antrag dient dazu, mit mehr Fakten mit diesem Prozess weiterverfahren zu können und den Stadtrat nicht im Blindflug etwas ausschreiben zu lassen, wofür sich kein Unternehmen bewerben wird.*

Sven Sobernheim (GLP): *Der Betrieb der ZAB setzt einen enorm grossen Personalpool mit starker Spezialisierung voraus. Genügend Fachkräfte zu rekrutieren ist nicht ohne. Es ist heute schon klar, dass die Städtischen Gesundheitsdienste (SGD) weder die personellen noch anderen Ressourcen haben, um das ZAB besser oder günstiger als ein externer Dienstleister zu betreiben. Daher ist der Zweck der externen Evaluation völlig unklar. Auch die Kritik an der Oseara AG muss relativiert werden. Sie hat die damalige Ausschreibung mit 472 Punkten gegenüber den 302 Punkten der zweitplatzierten Institution gewonnen. Sie hat diese nicht nur aus finanziellen Gründen gewonnen, sondern auch, weil sie fachlich am besten qualifiziert war. Die ZAB ist eine extrem herausfordernde Institution – wenn es einfach zu handhaben wäre, bräuchte es sie nicht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die ZAB ist tatsächlich eine Herausforderung. Die Rechtsformänderung des Stadtspitals hatte nichts mit der Ausgliederung des Betriebs zu tun. Dies geschah, weil der Betrieb Spezialisten benötigte und der Notfall des Stadtspitals entlastet werden sollte. Es ist schade, dass die Oseara AG gekündigt hat, aber es ist ihr Recht. Wir verfolgen die Ausschreibung sehr eng und prüfen die Möglichkeiten mit dem Stadtspital, den SGD, Schutz & Rettung sowie der Polizei. Wir evaluieren laufend eine Internalisierung und kommen immer wieder zum Schluss, dass es nicht der richtige Weg wäre. Es ist wichtig, dass sich die Dienstabteilungen, die eng an der Sache sind, regelmässig austauschen – und das tun sie. Wir brauchen diese externe Evaluation nicht.*

Weitere Wortmeldungen:

Leah Heuri (SP): *Wir wechseln in die Zustimmung für den Antrag und das Postulat. Wir finden es wichtig, nach 10 Jahren eine Evaluation zu machen. Die betroffenen Personen sind sehr vulnerabel und da wollen wir uns keine unklaren Prozesse oder Fehler leisten.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Es braucht in der Tat sehr viel Wissen für die Betreuung der betroffenen Menschen. Gerade das berücksichtigte die Oseara nicht. Sie hatte am Anfang Studenten angestellt, keine Spezialisten, die sich um Menschen mit Multiintoxikation gekümmert haben. Selbstverständlich kostet das eine Stange Geld, aber obwohl die Oseara uns Beiträge gezahlt hat, hat uns das ZAB jedes Jahr Hunderttausende an*



Franken gekostet. Wenn wir dieses Geld ins Spital oder in die Schaffung von Räumlichkeiten investierten – im Triemlispital gab es damals und gibt es zukünftig genug Platz – könnten wir die ZAB in einem spezialisierten Betrieb internalisieren. Bei der damaligen Submission machte die Kompetenz 30 Prozent der Bewertung aus; über 50 Prozent waren betriebswirtschaftliche Konzepte, die nicht funktioniert haben. Ich bin froh, dass die SP sich besinnt und mit uns stimmt, um das Ganze zu evaluieren. Ich erinnere daran, dass im Jahr 2015 alle Fraktionen ausser SP und GLP gegen das «Hotel Suff» waren.

S. 258	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3010	Städtische Gesundheitsdienste			
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat			810 000 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			50 000	860 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
				Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Der Betrieb der Zürcher Ausnüchterungs- und Beratungsstelle (ZAB) soll nach dem kürzlich erfolgten Wechsel der externen Leistungserbringenden evaluiert werden.			

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3132 00 000, Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



4 / 4

5563. 2025/579

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Moritz Bögli (AL) vom 03.12.2025:
Zentrale Ausnüchterungszelle (ZAB), Bericht über die Evaluation betreffend Zuwei-
sungspraxis, Standort und Betrieb aus wirtschaftlicher und medizinischer Sicht**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 055.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5509/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat